

## Bekanntmachung

über den Anbau von Zuckerrüben. Vom 4. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge über den Anbau von Zuckerrüben im Jahre 1915 auf Flächen, die einen Hektar übersteigen, bleiben nur in Höhe von  $\frac{3}{4}$  der vereinbarten Anbaufläche in Kraft. Das gilt insbesondere auch, soweit Aktionäre oder Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Grund des Gesellschaftsvertrags zum Anbau von Rüben verpflichtet sind.

§ 2. Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge von Zuckerrüben über die Lieferung ihrer Erzeugnisse aus dem Betriebsjahr 1915/16 bleiben nur in Höhe von  $\frac{3}{4}$  der vereinbarten Menge in Kraft.

§ 3. Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge der Zuckerrüben oder der Rübenanbauer über Lieferung oder Bezug von Zuckerrüben zum Ankauf im Jahre 1915 bleiben nur in Höhe von  $\frac{3}{4}$  der vereinbarten Menge in Kraft.

§ 4. Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge über den Anbau von Zuckerrüben im Jahre 1915 bleiben nur in Höhe der Hälfte der vereinbarten Menge oder anzubauenden Fläche in Kraft.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Deßbrück.

## Bekanntmachung

über Versteigerung von Sämereien. Vom 8. März 1915.

Der Wirtschaftsausschuß der V. Armee, Abteilung Sämereien, in Mannheim, Werthallenstraße 37 (Telefon 6370), läßt Montag, den 15. März, und an den folgenden Tagen Klee-, Gras-, Gemüse- und Rüben Samen im Silospeicher der Badischen Aktien-Gesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport in Mannheim, Werthallenstraße, unter nachstehenden Bedingungen versteigern:

1. Die Versteigerung geschieht im Auftrage und für Rechnung der Heeresverwaltung.
2. Für Güte, Keimfähigkeit, Reinheit und Seidenfreiheit wird keinerlei Garantie geleistet.
3. Die Samen werden teilweise nach dem Verzeichnis ausbezogen, größere Quantitäten von einer Sorte geteilt in 5 oder 10 000 Kilogramm-Pösten.
4. Geboten wird durchweg für 50 Kilogramm brutto für netto inkl. Sack ab Lager. Das geringste Uebergebot beträgt  $\frac{1}{2}$  Mk. für 50 Kilogramm.
5. Die Spesen vom Lager betragen inkl. genauer Einzelverwiegung bis frei Waggon oder Fuhr an der Rampe 10 Pfg., bis frei Wasserfahrzeug 11 Pfg. für 50 Kilo.
6. Die Zuschlagserteilung erfolgt durch den Etappenintendanten der V. Armee nach freiem Ermessen für die am 15. März versteigerten Sämereien am 16. März, vorm. 9 Uhr, für die am 16. März gebotenen Samen je nach Dauer der Versteigerung entweder noch am gleichen Tage oder am 17. März, vormittags 9 Uhr. Für die am 17. März event. noch in Auktion gelangenden Waren werden Zuschläge, wenn die gebotenen Preise angemessen erscheinen, sofort erteilt. Nachgebote finden keine Berücksichtigung.
7. Die Berechnung geschieht unter Zugrundelegung des gebotenen Preises für 50 Kilogramm nach der Gewichtermittelung der vereidigten Wäger.
8. Mit der Zuschlagserteilung gehen die ersteigerten Waren an den Käufer über und lagern für dessen Gefahr. Lagerkosten werden von der Heeresverwaltung bis 31. März getragen. Die Kaufpreise sind bei früherem Abtransport am Tage vorher, für alle anderen Bestände am 25. März 1915 auf unser Konto bei der Reichsbankhauptstelle in Mannheim zu zahlen.
9. Bis zum 25. März 1915 nicht bezahlte Waren werden am 30. März, vormittags 10 Uhr, für Rechnung des Käufers, welcher für Kosten und Mindererlös haftet, erneut versteigert. Darmstadt, den 8. März 1915.

Großh. Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

Krämer.

## Bekanntmachung

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot 1. der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw., 2. der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfes zur Verwen-

dung gelangen, 3. der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, 4. der Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und von Mineralölen, Steinkohlenteer und allen aus diesen hergestellten Delen, bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

I. Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von Röhren, auch Röhrenformstücken aus nicht schmiedbarem Guß, der Nummern 778 und 779 des Zolltarifs, Schlagenröhren, auch Röhrenformstücken, der Nummer 793 des Zolltarifs, anderen Röhren aus Eisen der Nummern 794, 795, 798 und 799 des Zolltarifs, Cerzint und Tschüpfenröhren mit Cerzintzünden, Holzbohlen und Holzbohlenbretts, Holzentwürfen, Thermosflaschen, Wasserrohrkesseln für Schiffe, Bleierzen und Bleisägen, Zinkerzen aller Art, Brenneisen, Vorfälle und Porag (Vorfälle, Natron, Natriumborat) der Nummer 275 des Zolltarifs, Chlor, verdichtet (verflüssigt) in Flaschen und Tankwagen der Nummer 379 b des statistischen Warenverzeichnisses, Chromalum, Sonnenblumenternen, Futterlaß, Petroleumpech (in Wasser nicht unter sinkender verhaltiger Rückstand von der Väterung der Mineralöl der Nummer 239 b des statistischen Warenverzeichnisses, im Wasser unter sinkender verhaltiger Rückstand der Nummer 243 b des statistischen Warenverzeichnisses), Fischernetze.

II. Das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Fellen zur Belagerung und Belagern (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. August und vom 6. September 1914 — Reichsanzeiger Nr. 184 vom 7. August 1914 und Nr. 210 vom 7. September 1914 —) wird beschränkt auf: Schaf-, Lamm- und australische Opiumfelle und -pelze und die daraus gefertigten Pelzwaren.

III. Das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohzint (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. Februar 1915 — Reichsanzeiger Nr. 27 vom 2. Februar 1915 —) erstreckt sich auch auf Hartzint, Altsint und ungeschmolzenes (resmelted) Bunt.

IV. Das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von elektrischen Glühlampen (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. Febr. 1915, Ziffer 9 — Reichsanzeiger Nr. 37 vom 13. Februar 1915 —) wird aufgehoben: die Ausfuhr und Durchfuhr von Bestandteilen von Glühlampen (Kolben, Sockeln, Glühdraht, hergerichteten Glühlampen und Glasröhren) bleibt verboten.

Berlin, den 3. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Deßbrück.

## Bekanntmachung.

Betr.: Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl im Kreise Gießen.

Auf Grund des § 34 ff. der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1915, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl, wird nach Beschluß des Kreisausschusses mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde folgendes angeordnet:

### Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Der Kommunalverband (Kreis) läßt jeder Gemeinde das ihr nach den bestehenden oder noch zu erlassenden Vorschriften auf den Kopf der Bevölkerung zustehende Mehl (Roggen- und Weizenmehl) durch den auf Beschluß des Kreisausschusses vom 25. Februar l. J. eingeleiteten „Ausschuß für Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl“ — im nachstehenden kurz „Ausschuß“ genannt — überweisen. — Maßgebend für die Höhe der Mehluverweisung ist die nach den freisamtlichen Ermittlungen von Anfang März l. J. festgestellte Zahl der Versorgungsberechtigten.

§ 2.

Der Preis, zu dem der Kommunalverband das Mehl an die Gemeinden abgibt, wird vom Kreisausschuß jeweilig festgelegt. Die Gemeinde hat es dem Kommunalverband für Zahlung des ihr überwiesenen Mehles ohne Rücksicht darauf, wenn sie den Verkauf oder den Vertrieb des Mehles überweist. Die Zahlung hat innerhalb einer Woche nach Zustellung der Rechnung zu erfolgen.

§ 3.

Die Gemeinden haben den Preis festzusetzen, zu dem das ihnen vom Kommunalverband überwiesene Mehl ihrerseits abgegeben wird. Dies gilt sowohl für Fälle, in denen die Gemeinde die Mehluverteilung selbst übernimmt, wie dann, wenn sie den Mehl- (Brot-)verkauf Dritten (§ 7 Nr. 2) überträgt.

§ 4.

Die Gemeinde hat dem Kommunalverband (Ausschuß) am 20. jeden Monats, erstmalig am 20. April l. J., die Zahl der Versorgungsberechtigten erneut mitzuteilen, damit der durch eingetretene Änderungen etwa notwendig gewordene Ausgleich bei der Mehluverweisung für den nächsten Monat vorgenommen wird. Änderungen können infolgedessen vorkommen, als

1. Selbstverbraucher (vergl. § 16) gelegentlich der zu Anfang März l. J. vorgenommenen Erhebung versehentlich als Versorgungsberechtigte aufgeführt wurden oder umgekehrt;
2. die Zahl der Versorgungsberechtigten durch Ab- oder Zugänge, Geburten oder Sterbefälle eine andere geworden ist;
3. Selbstverbraucher infolge Aufzehrung ihrer Vorräte an Getreide oder Mehl vor dem 15. August l. J. in die Zahl der Versorgungsberechtigten übergeführt werden müssen.

§ 5.

Gemeinden, die, unter Einrechnung des ihnen vom Kommunalverband (Auschuß) für den Monat März überwiesenen Mehles, vom 1. Februar bis 15. März l. J. mehr wie 225 gr Mehl, und vom 15. März l. J. ab mehr wie 200 gr Mehl für den Tag und auf den Kopf der als Versorgungsberechtigt anzusehenden Bevölkerung verbraucht haben, wird der Mehrverbrauch durch entsprechende Kürzung der späteren Ueberweisungen aufgerechnet.

**Besondere Bestimmungen für Landgemeinden.**

§ 6.

Zur Durchführung der den Landgemeinden für ihre Bezirke übertragenen Verbrauchsregelung ist in jeder Gemeinde vom Gemeinderat ein Auschuß zu wählen. Vorsitzender des Ausschusses ist der Bürgermeister oder ein von ihm bestellter Vertreter.

§ 7.

Der Auschuß (§ 6) hat:

1. für genaue Einhaltung der vom Kommunalverband erlassenen, den Verbrauch regelnden Vorschriften zu sorgen,
2. den Geschäftsbetrieb derjenigen Stellen (Händler, Bäder, Konsumvereine, Genossenschaften usw.) zu überwachen, denen die Gemeinde den Verkauf oder den Vertrieb von Mehl (Brot) übertrifft,
3. die Mehlabgabe an die Versorgungsberechtigten da vorzunehmen, wo mangels Vorhandenseins geeigneter Vertriebsstellen die Gemeinde für die Verteilung selbst besorgt sein muß,
4. bei Durchführung der in den folgenden Paragraphen enthaltenen Vorschriften beratend, helfend und aufsichtsführend mitzuwirken.

§ 8.

Mehl (Weizen- und Roggenmehl) und Brot dürfen nur von der Gemeinde oder von den durch sie bestimmten oder zugelassenen Stellen (§ 7 Nr. 2) und nur gegen Brotmarken abgegeben werden.

§ 9.

Die Ausweisarten sind von der Bürgermeisterei des Wohnorts, für Bewohner solcher Gemarkungen, die einer Gemeinde politisch zugeteilt sind, von der Bürgermeisterei der letzteren auszustellen, es sei denn, daß wegen der größeren Nähe einer anderen Ortschaft oder in Anbetracht seitheriger mit dem Mehl- oder Brotbezug zusammenhängender Gepflogenheiten im Einzelfall von dem Auschuß (§ 1) anders bestimmt wird.

Die hiernach zuständige Bürgermeisterei hat auch die Brotmarken zu liefern.

Die Ausstellung der Ausweisarten und die Abgabe von Brotmarken darf nur an Personen erfolgen, die für die Gemeinde oder Gemarkung polizeilich gemeldet sind.

Ausweisarten und Brotmarken werden den Gemeinden vom Kommunalverband zum Selbstkostenpreis gestellt.

§ 10.

Für jede Haushaltung und für jede nicht zu einem Haushalt gehörige Einzelperson ist eine Ausweisarte auszustellen.

Zu einem Haushalt rechnen sämtliche Personen, die in ihm Wohnung und volle Verpflegung erhalten (also z. B. nicht Zimmermieter, die anderwärts ihre Mahlzeiten einnehmen, Schlafgänger usw.).

In der Ausweisarte ist die Zahl der zu dem betreffenden Haushalt gehörenden Personen, sowie der ihnen zustehenden Brotmarken anzugeben. Wieviel Brotmarken jedem Haushalt oder jeder nicht zu einem Haushalt gehörigen Einzelperson zustehen, ist vom Auschuß (§ 6) nach den im § 11 aufgestellten Grundsätzen festzustellen.

Unrichtige Angaben beim Bezug der Ausweisarten und Brotmarken oder hinsichtlich der nicht verbrauchten Brotmarken sind strafbar.

§ 11.

Es können von jeder Person für eine Woche beansprucht werden

2000 Gramm Brot oder  
die entsprechende Menge Mehl oder  
32 Brötchen zu 50 Gramm das Stück.

Kinder sind dabei ohne Rücksicht auf ihr Alter bis auf weiteres erwachsenen Personen gleichzurechnen.

§ 12.

Die Ausgabe der Brotmarken erfolgt gegen Vorlage der Ausweisarten und der etwa nicht verwendeten Brotmarken in vorgetriebenen Zeitabschnitten durch die Bürgermeisterei.

Die Brotmarken gelten nur für den Zeitabschnitt, der auf ihnen vermerkt ist.

Bei Veränderungen in der Personenzahl des Haushalts ist die Ausweisarte der Bürgermeisterei vorzulegen. Für zuziehende Personen hat die Bürgermeisterei Karten auszustellen. Wegziehende Personen haben ihre Karten einschließlich der nicht verwendeten Brotmarken bei der Bürgermeisterei abzuliefern. Änderungen in den Karten durch die Inhaber sind unzulässig und strafbar.

Wird eine Ausweisarte verloren, so ist dies sofort der Bürgermeisterei anzuzeigen. Für die Ausstellung einer neuen Karte ist eine Gebühr von 25 Pfennig zu entrichten.

§ 13.

Die Ausweisarten sind nicht übertragbar.

Brotmarken sind keine Zahlungsmittel.

§ 14.

Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften, Vereinshäuser usw. sind auf entsprechenden Beschluß des Ausschusses (§ 6) Brotmarken bis höchstens zur Hälfte des zwischen dem 1. und 15. Februar ds. J. festgestellten Durchschnittsverbrauchs zuweisen. Die Wirte dürfen Brot nur zusammen mit anderen Speisen abgeben und müssen dafür eine besondere Vergütung verlangen; sie müssen den Gästen gestatten, mitgebrachtes Brot zu verzehren.

§ 15.

Den in § 10 Abs. 1 und 2 genannten Personen, die am 2. März ds. J. im Besitz von mehr als 10 kg Mehl waren, ist der diese Menge überschreitende, noch vorhandene Vorrat bei Zuteilung der Brotmarken mit 340 Gramm für je zwei Wochen und jede zum Haushalt gehörige Person anzurechnen.

§ 16.

Landwirte erhalten, soweit sie als Selbstverbraucher gemäß § 4 Abs. 4 a der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft einschließlich des Gesinnes Brotgetreide oder Mehl zurüdbehalten haben, keine Brotmarken. Haben sie den Verbrauch der zurückbehaltenen Menge unter Einhaltung der in § 4 Abs. 4 a der Bundesratsverordnung festgelegten Zeit glaubhaft gemacht, so tritt ihr Recht auf Brotmarken wie für jeden Haushaltsvorstand in Kraft.

§ 17.

Die einem Haushalt nicht angehörigen Tagesarbeiter wie Näherinnen, Bülgerinnen, Waschfrauen, Lauffrauen, Tagelöhner usw., haben, sofern sie vom Arbeitgeber Kost erhalten, ihr Brot selbst zu stellen und sind berechtigt, hierfür vom Arbeitgeber eine dem Wert des ihnen zukommenden Brotes (=  $\frac{1}{2}$  des Preises eines vierpfündigen Laibes Roggenbrot für den Tag der Beschäftigung) zu verlangen.

§ 18.

Bäder und Händler haben bei der Abgabe von Brot und Mehl von jedem Abnehmer jedesmal die Vorlage des ganzen noch vorhandenen Brotmarkenbestands zu verlangen und die Abtrennung der dem verkauften Gewicht entsprechenden Zahl von Marken selbst vorzunehmen oder in ihrer Gegenwart vom Käufer vornehmen zu lassen. Sie müssen die abgetrennten Marken sorgfältig aufbewahren und am 10., 20. und letzten jeden Monats der Bürgermeisterei abliefern. Auf Grund des durch die abgelieferten Brotmarken nachgewiesenen Bedarfs erfolgt die weitere Zuteilung von Mehl an Händler und Bäder.

§ 19.

Die Bürgermeistereien haben über die in der Gemeinde (Gemarkung) vorhandenen Haushaltungen und über die nicht zu einem Haushalt gehörenden Einzelpersonen (§ 10 Abs. 1) ein Verzeichnis zu führen, aus dem der Name des Haushaltsvorstands oder der Einzelperson, die Zahl der zu jedem Haushalt gehörigen Personen, die Menge des ihnen zukommenden Mehles oder Brotes und der Zeitpunkt zu ersehen sind, wann für dieselben Ausweisarten und Brotmarken ausgehändigt wurden. Der Zeitpunkt der Abgabe der Brotmarken ist von der Bürgermeisterei auf der Ausweisarte unter Beifügung des Dienstsigels zu vermerken.

§ 20.

Unüberlandungen gegen die Vorschriften der §§ 8 ff. werden gemäß § 44 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Außerdem können nach § 52 daselbst von der unterzeichneten Behörde Geschäfte geschlossen werden, deren Inhaber oder Betriebsleiter sich in Befolgung der ihnen nach den erlassenen Anordnungen obliegenden Pflichten unzuverlässig zeigen.

§ 21.

Diese Anordnungen treten am 22. März 1915 in Kraft.

Gießen, den 15. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bez.: Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl im Kreis Gießen.

**An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Die vorstehende Bekanntmachung, die Ihnen in der erforderlichen Anzahl von Sonderabdrücken alsbald zugeht wird, wollen

**Es in geeigneter Weise zur öffentlichen Kenntnis bringen und sofort das zu ihrer Durchführung Nötige veranlassen.**

Ausweisarten und Brotmarken, die vom 22. I. Mts. ab gelten, werden Ihnen in aller Kürze zugehen. Wir weisen hier nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die in § 16 der Bekanntmachung erwähnten Landwirte unter keinen Umständen Ausweisarten oder Brotmarken erhalten dürfen.

Gießen, den 15. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### **Bekanntmachung.**

**Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.**

Nachdem inzwischen der auf den Tag und für den Kopf der Bevölkerung zugelassene Mehlverbrauch von 225 Gramm auf 220 Gramm herabgesetzt wurde, und in § 11 der Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verkehrs von Brotgetreide und Mehl vom 15. I. Mts., der jeder Person zustehende Anspruch auf Brot, Mehl usw. festgesetzt worden ist, hat der Kreisaußschuß in Abänderung des unter Nr. 2 der Bekanntmachung betr. Verkehr mit Brotgetreide und Mehl vom 21. Februar 1915 (Kreisblatt Nr. 21 vom 26. Februar 1915) beschloffen, daß das Roggenbrot vom 22. I. Mts. ab höchstens 85 Prozent Roggenmehl enthalten darf.

Weiter wird die Bestimmung unter 4 der letztgenannten Bekanntmachung, wonach „Bäcker und Händler im Kleinverkauf nicht mehr als 1 Pfund Weizen- oder Roggenmehl abgeben dürfen“, auf Beschluß des Kreisaußschusses, gleichfalls mit Wirkung vom 22. I. Mts. ab, aufgehoben, da von da ab Mehl nur gegen Brotmarken abgegeben werden darf.

Die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises werden beauftragt, vorsehendes alsbald in geeigneter Weise zur Kenntnis der Interessenten zu bringen.

Gießen, den 15. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

**Betr.: Den Anbau von Frühkartoffeln.**

**An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Daß bei sparsamer und wirtschaftlicher Verwendung der im vorigen Jahre geernteten Kartoffelmengen der Bedarf unserer Bevölkerung an Kartoffeln zu Speise- und Futterzwecken, sowie vornehmlich zur Brotbereitung bis zur nächsten Ernte gedeckt werden kann, ist bestimmt zu erwarten. Da es sich aber zurzeit nicht übersehen läßt, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Sommer und Herbst d. Js. gestalten werden, besteht schon heute für die deutsche Landwirtschaft die sehr wichtige Aufgabe, vorsorgenderweise ihr Augenmerk auf den Anbau und die Ernte der Kartoffeln in diesem Jahre zu richten. Weise Vorzicht verlangt, möglichst frühzeitig neue Kartoffeln zur Verfügung zu haben, d. h. in weit erheblicherem Maße als bisher anzubauen. Der Anbau von Frühkartoffeln im Deutschen Reich beträgt wenige hundertstel der Gesamtanbauläche. Um denselben zu vergrößern und vornehmlich dort zu ermöglichen, wo die natürlichen Bedingungen (Boden und klimatische Verhältnisse) für ihn vorhanden sind, hat die Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln bereits verschiedentlich in landwirtschaftlichen Fachblättern und Tageszeitungen in aufklärenden Artikeln auf die Bedeutung einer erheblichen Vermehrung des Anbaues von Frühkartoffeln hingewiesen. Die für den Anbau von Frühkartoffeln in Betracht kommenden Gesichtspunkte hat der bekannte Leiter der Kartoffel-Kultur-Station in Berlin, Professor Dr. v. Edenbrecher, im Auftrage der genannten Gesellschaft in einem Merkblatt zusammengestellt.

Damit das Merkblatt in möglichst weiten Kreisen Verbreitung findet, ist der Preis des einzelnen Abdruckes bei Abnahme von mindestens 100 Stück auf nur 0,01 M. festgesetzt worden.

Wir empfehlen Ihnen, die Interessenten hierauf hinzuweisen, etwaige Bestellungen entgegenzunehmen und uns bis spätestens zum 25. d. M. zu vermitteln, damit wir den gemeinsamen Bezug veranlassen können.

Gießen, den 14. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

**Betr.: Die Sicherung der Frühjahrsbestellung und der Ernte 1915.**

**An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Es ist dringend notwendig, daß die Gemeindeverwaltungen sich in diesem Jahre eingehend und ständig um die Feld- und Gartenwirtschaft in ihrer Gemeinde kümmern, damit alle erforderlichen Arbeiten richtig und rechtzeitig vorgenommen werden.

Insbefondere ist dies jetzt wegen rechtzeitiger Vornahme einer ordnungsmäßigen Frühjahrsbestellung nötig.

Wir empfehlen Ihnen, da Sie wegen Ihrer übrigen Arbeiten diese Angelegenheit allein wohl nicht erledigen können, alsbald durch den Gemeinderat eine Deputation (Gemeinderatsmitglieder, zu der sonstige sachkundige, wählbare Ortsbewohner ausgewählt werden können — vergl. Art. 129 der VGO. —) hier-

für wählen zu lassen. Die Deputation hat alles Erforderliche — soweit nötig nach Beschäftigung der Gemarkung, oder auf Bestellung der Beschäftigten — alsbald zu beschließen und bei Ihnen in Antrag zu bringen.

Für Frauen, deren Angehörige im Krieg stehen, und für Personen, welche die Bestellung von Feld und Garten nicht allein verstehen, ist der erforderliche Rat und Beistand, soweit er nicht durch Verwandte geschieht, durch von der Gemeinde benannte Vertrauensmänner in die Wege zu leiten.

Wir empfehlen hierbei die Beachtung unseres heutigen Ausschreibens über die Einrichtung eines Hilfsdienstes in der Landwirtschaft, von dem Sie den Deputationen besonders Kenntnis geben wollen.

Bis zum 25. d. Mts. sehen wir Ihrem Bericht entgegen, ob eine Deputation bestellt wurde, wer ihr angehört und ob eine ordnungsmäßige Frühjahrsbestellung in Feld und Garten in Ihrer Gemeinde sicher gestellt ist.

Gießen, den 14. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

**Betr.: Feldbestellung; hier die Beschaffung von Säemaschinen. An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Eine Giesener Firma und die Firma Tröster in Bursbach haben sich bereit erklärt, Maschinen leihweise zur Verfügung zu stellen in der Hoffnung, daß sie Gelegenheit haben, auch Maschinen dabei zu verkaufen. Ein wirklich praktischer Erfolg bei der leihweisen Ueberlassung solcher Maschinen in Gemeinden, wo sie nicht vorhanden sind, wird aber nur dann erzielt, wenn die Maschine zum Arbeiten einmal von einer damit vertrauten Person praktisch durchgeführt werden kann. Gerade bei der Verwendung der Drillmaschine können größere Schäden entstehen, wenn die Leute nicht mit der Maschine umzugehen verstehen, als wenn sie ihre übliche Aussaatmethode zur Ausführung bringen. Die Landwirtschaftskammer aber ist durch die außerordentlich ausgebeutete Aushebung ihres Personals nicht in der Lage, an allen diesen Orten jemand zur praktischen Vorführung zur Verfügung zu stellen. Die Giesener Firma, mit der wir verhandelt haben, machte ebenfalls auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß bei der Verwendung der Maschine in der ersten Zeit eine mit der Maschine vertraute Person anwesend sein müsse; sie erklärte aber, daß sie nicht in der Lage wäre, aus ihrer Fabrik Arbeitspersonal zur Verfügung zu stellen.

Die Fabriken verlangen die Uebernahme der Frachtkosten ab Fabrik bzw. ab Lager nach der Gemeinde und zurück. Sie wünschen weiter eine entsprechende Entschädigung für die Wiederaufrüstung der Maschinen. Für die Fabrikate der Bursbacher Fabrik werden letztere Kosten einschließlich Transport auf ungefähr 40 M. pro Maschine, für die Fabrikate der Giesener Firma, die von Leipzig kommen, auf 50 M. veranschlagt. Es ist beabsichtigt, die Landwirte zu veranlassen, 50 Pfg. pro Morgen für die Ueberlassung der Drillmaschine zu vergüten, den Rest wäre die Landwirtschaftskammer zu übernehmen jedenfalls bereit.

Insofern die leihweise Beschaffung von Säemaschinen von uns auf diese Grundlage vermittelt werden soll, empfehlen wir Ihnen, uns bis spätestens zum 20. d. Mts. Bericht zu erstatten.

Gießen, den 14. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### **Bekanntmachung.**

**Betr.: Das Füttern der Tiere auf Schlachtviehmärkten und Schlachtviehhöfen.**

Unter Bezugnahme auf die in obigem Betreff ergangene Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 21. Januar 1915 — abgedruckt im Kreisblatt Nr. 13 — bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß Großh. Ministerium des Innern zur Ausführung der erwähnten Bekanntmachung auf Grund von deren § 2 Abs. 2 und § 4 bestimmt hat:

1. die Beamten der Veterinärpolizei, sowie die Ortspolizeibehörden und die an Schlachtviehhöfen bestellten Polizeiorgane werden beauftragt, die richtige Durchführung der Verordnung zu überwachen. Sie haben Zutritt in allen Räumen, in denen Futtermittel auf Schlachtviehhöfen oder auf Schlachtviehmärkten aufbewahrt oder zubereitet werden,

2. Die Großh. Kreisämter können den in § 2 Abs. 1 der Verordnung bestimmten Zeitraum in einzelnen Fällen oder allgemein für bestimmte Fälle abkürzen,

3. Abdruck der Verordnung und der Ausführungsvorschriften sind in den Schlachtviehhöfen, auf Schlachtviehmärkten und in Schlachtviehhöfen an geeigneter Stelle anzubringen.

Gießen, den 11. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

**An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Wir beauftragen Sie, das nach obigen Ausführungsvorschriften Erforderliche zu veranlassen.

Gießen, den 11. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

**Betr.:** Beurlaubung oder Entlassung von Mannschaften der Reserve; hier: Einrichtung eines Hilfsdienstes in der Landwirtschaft.

#### An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Nach einer Mitteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums werden zahlreiche Anträge auf Entlassung oder Beurlaubung von Mannschaften, die im Felde stehen, damit begründet, daß andernfalls der Rückgang oder Untergang des heimatischen Geschäfts, der Wirtschaft usw. unvermeidlich sei. So sehr auch diese Begleiterseinnahmen des Kriegs von dem Kriegsministerium bedauert werden, ist es doch nicht möglich, sämtliche Anträge zu genehmigen, ohne die Wehrkraft des Reichs empfindlich zu schädigen. Das Kriegsministerium hat daher angeregt, ob nicht durch die Ortsbehörden ein freiwilliger Hilfsdienst eingerichtet und durchgeführt werden könnte, um die gefährdeten Betriebe vor dem Untergang zu bewahren.

Ein solcher Hilfsdienst oder gegenseitige Aushilfeleistung ist insbesondere im Bereiche der Landwirtschaft möglich. Nach Mitteilung der Landwirtschaftskammer hat in vielen Orten des Großherzogtums auch bereits eine gegenseitige Unterstützung der bedrängten Familien der im Felde stehenden Soldaten stattgefunden, während in anderen Orten wenig oder nichts geschehen ist.

Wir lenken deshalb Ihre Aufmerksamkeit besonders auf die gegenseitige Unterstützungstätigkeit und Aushilfe und erwarten, daß Sie in allen geeigneten Fällen durch Ihr persönliches Eingreifen eine solche Aushilfe herbeizuführen Veranlassung nehmen werden. Auch werden die landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Hilfeleistung in geeigneten Fällen sicher bereit sein.

Soweit kaufmännische Betriebe oder solche des Handwerks in Frage kommen, ist eine gegenseitige Hilfeleistung oder Aushilfe weit schwerer durchführbar als bei der Landwirtschaft. Eine besondere Schwierigkeit bietet insbesondere die Tatsache, daß, wenn das Geschäft des im Felde stehenden Unternehmers mit Erfolg weiterbetrieben werden soll, vielfach als Stellvertreter nur eine Persönlichkeit in Betracht kommen kann, die mit den Verhältnissen der betreffenden Geschäftszweige auf das engste vertraut ist. Eine solche Persönlichkeit wird aber meistens gerade der Konkurrent sein. — Immerhin wird auch hier hin und wieder eine Aushilfe oder gegenseitige Hilfeleistung durch Ihre Vermittelung sich ermöglichen lassen. Wir empfehlen Ihnen, auch diesem Aushilfedienst Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und gegebenenfalls das Erforderliche zu veranlassen.

Gießen, den 14. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

#### Bekanntmachung.

**Betr.:** Besorgung von Briefschaften der Kriegsgefangenen durch Privatpersonen.

Nachstehende Bekanntmachung des Stellvertretenden Generalkommandos XVIII. Armee Korps in Frankfurt a. M. vom 27. Februar 1915 bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 6. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

#### XVIII. Armee Korps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nb. V, III b. L. Nr. 1317/1796.

Frankfurt a. M., den 27. Febr. 1915.

**Betr.:** Besorgung von Briefschaften der Kriegsgefangenen durch Privatpersonen.

#### Verordnung.

Auf Grund der §§ 1 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 ordne ich an:

Privatpersonen ist es verboten, Briefschaften von Kriegsgefangenen oder an Kriegsgefangene in Empfang zu nehmen oder zu besorgen.

Unter Kriegsgefangenen sind alle Militär- und Zivilgefangenen zu verstehen, gleichgültig ob sie sich in den Kriegsgefangenenlagern selbst, in Lazaretten oder an einer Arbeitsstelle befinden.

Zu widerhandlungen werden nach § 9 des vorgenannten Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

#### Bekanntmachung.

**Betr.:** Anmeldepflicht für in Pflege genommene Militärpersonen.

Auf Antrag und im Einvernehmen mit dem Garnisonkommando zu Gießen wird folgende

#### polizeiliche Anordnung

erlassen:

Alle Quartiergeber, bei denen sich genesende Militärpersonen in Privatpflege befinden, haben binnen 48 Stunden der zuständigen

Bürgermeisterei (in Gießen dem Großh. Polizeiamt) die Namen der betreffenden Militärpersonen (Offiziere und Mannschaften) anzumelden. Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn eigene Angehörige der Quartiergeber von diesen in Pflege genommen werden.

Zu widerhandlungen gegen diese polizeiliche Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu 90 Mark, im Falle der Uneinbringlichkeit mit entsprechender Haftstrafe, geahndet.

Gießen, den 19. November 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

#### An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, das Großh. Polizeiamt Gießen und die Grohh. Gendarmerie des Kreises.

Es wird Ihnen hiermit zur Pflicht gemacht, den Befehl der vorsehenden polizeilichen Anordnung genau zu überwachen. Die Grohh. Bürgermeistereien sowie das Großh. Polizeiamt Gießen werden außerdem angewiesen, die Bekanntmachung alsbald in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Eingehende Anmeldungen sind noch am Tage des Eingangs unmittelbar an das Großh. Bezirkskommando Gießen weiterzugeben. Die Uebersendung der Anmeldungen an das Bezirkskommando aus den Landgemeinden hat unter Aufschrift des Vermerks „Veressache“ und unter Beifügung des Amtssiegels auf dem Umschlag zu erfolgen. Die Beförderung durch die Post geschieht alsbald portofrei.

Gießen, den 19. November 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

**Betr.:** Beschaffung von Gerbstoffen.

#### An die Schulvorstände des Kreises.

Da es an Arbeitskräften zur Einbringung der Eichenlohrinden-ernte fehlt, hat die oberste Schulbehörde angeordnet, daß zur Schließung der oberen Schulklassen vom Unterricht befreit werden können, wenn die Schulkinder zur Mitarbeit bei der fraglichen Ernte herangezogen werden müssen.

Gießen, den 12. März 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B. Hemmerde.

**Betr.:** Das Bedecken der Stuten durch die Landgestütsbesitzer im Jahre 1915.

#### An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Sie wollen alsbald in Ihrer Gemeinde bekannt machen, daß aus Anlaß des Auftretens der Brustseuche in zwei Stationen innerhalb der letzten Tage der Beginn der Deckzeit für den 15. nunmehr für den 22. März festgesetzt ist.

Gießen, den 16. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Hemmerde.

#### Bekanntmachung

Der Dienstmann Kaspar Eisenbach dahier ist verstorben. Ansprüche an die hinterlegte Dienstkautions sind bei Meldung der Richtberücksichtigung binnen 8 Tagen bei uns vorzubringen.

Gießen, den 11. März 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

#### Die Marktpreise für Vieh und Frucht und die Giegener Fleisch- und Brotpreise am 15. März 1915.

Schlachtwiehpreise in Frankfurt a. M.		Fleischpreise in Gießen
Ochsen	50 Kg. Schlachtgewicht 91—103 Mk.	$\frac{1}{2}$ Kg. 90—98 Pf.
Kälber	$\frac{1}{2}$ Kg. Schlachtgw. 81—103 Pf.	$\frac{1}{2}$ „ 76—80 „
Schweine	$\frac{1}{2}$ „ „ 90—105 „	$\frac{1}{2}$ „ 100—116 „
Getreidepreise in Mannheim		Brotpreise in Gießen:
Weizen 100 Kg. 28.50 Mk.	Höchstpreis.	Weißbrot 2 Kg. — Pf.
Roggen 100 Kg. 24.50 Mk.	„	Schwarzbrot 2 Kg. 80 Pf.

**Drucksachen aller Art**  
liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die  
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7